

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Klimaschutz und Energie (25. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Marc Bernhard, Roger Beckamp,
Kay-Uwe Ziegler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/36 –**

Heiz- und Stromkostenanstieg stoppen – Staatliche Abgaben auf Energie senken

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, den Heiz- und Stromkostenanstieg zu stoppen und die staatlichen Abgaben auf Energie zu senken.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/36 abzulehnen.

Berlin, den 26. Januar 2022

Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Dr. Ingrid Nestle
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Ingrid Nestle

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/36** wurde in der 11. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Januar 2022 an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag auf Drucksache 20/36 stellende Fraktion der AfD stellt fest, die Heizkosten in Deutschland stiegen beständig an. Laut Statistischem Bundesamt lebten bereits im Jahr 2019 mehr als zwei Millionen Menschen in Wohnungen, die sie aus finanziellen Gründen nicht angemessen beheizen konnten und daher frieren mussten. Dies zeige, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit vieler Menschen in unserem Land durch die gestiegenen Energie- und Heizkosten überschritten sei. Die in den letzten Monaten insbesondere durch staatliche Maßnahmen wie die CO₂-Abgabe und so genannte Klimapakete massiv gestiegenen Energiepreise verschärften diese Situation weiter. Der größte Kostentreiber in Deutschland seien die Regierungsmaßnahmen selbst.

Aus diesen und weiteren Gründen wird die Bundesregierung aufgefordert:

- unverzüglich darauf hinzuwirken, dass die Erhebung der CO₂-Abgabe rückgängig gemacht und auch für die Zukunft keinerlei Besteuerung oder Bepreisung von CO₂-Emissionen vorgenommen wird;
- unverzüglich dafür Sorge zu tragen, dass die Erhebung der Umsatzsteuer für Energie (Strom, Gas, Heizöl, Fernwärme, Kohle und andere Heizstoffe) ab sofort bis zum 31. März 2022 ausgesetzt wird;
- unverzüglich dafür Sorge zu tragen, dass die Energiesteuer ausgesetzt wird;
- unverzüglich den Regelbedarf für die Grundsicherung für Arbeitssuchende, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie bei der Hilfe zum Lebensunterhalt zu überprüfen und anzuheben; für das Jahr 2022 ist eine angemessene Anhebung vorzunehmen, die auch den noch erwartenden weiteren Preisanstieg insbesondere beim Strom widerspiegelt;
- die EEG-Umlage auf den Strompreis komplett zu streichen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 20/36 in seiner 3. Sitzung am 26. Januar 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie hat den Antrag auf Drucksache 20/36 in seiner 3. Sitzung am 26. Januar 2022 abschließend beraten.

Die **Fraktion der AfD** widersprach der Aussage, die Bundesregierung habe die richtigen Konsequenzen aus den hohen Strompreisen gezogen. Richtigen Maßnahmen müsse die Einsicht vorausgehen, aus welchen Gründen die Strompreise so hoch lägen. Deutschland steige aus zwei Energieträgern gleichzeitig aus. Zielführende Maßnahmen seien beispielsweise die Senkung der Steuern auf Kraftstoffe oder der Mehrwert- und anderer Energiesteuern.

Andere Länder beschritten diesen Weg. Die Hauptursache liege darin, dass die Energiewende aus ideologischen Gründen vorangetrieben werde. Das EEG gehöre abgeschafft.

Die **Fraktion der SPD** erwiderte, die Energiepreise würden vor allem durch die fossilen Energieträger getrieben. Der Ausbau der erneuerbaren Energien sein kein Teil des Problems, sondern ein Teil der Lösung. Die Fraktion forderte, den steigenden Preisen mit regulatorischen Maßnahmen zu begegnen. Die Energieversorgung sei ein Teil der Daseinsvorsorge

Die **Fraktion der CDU/CSU** forderte die Bundesregierung auf, die EEG-Umlage möglichst bald abzuschaffen. Die EU-Kommission schlage im Rahmen ihrer Toolbox vor, dass das Emissionshandelssystem Überschüsse erziele, welche zum Ausgleich der Energiepreise genutzt werden könnten. Zudem schlug die Fraktion vor, die Carbon Leakage Verordnung der EU zu überarbeiten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wies darauf hin, notwendig seien sowohl kurzfristige als auch strukturelle Maßnahmen gegen den Energiepreisanstieg. Es müsse verhindert werden, immer wieder Steuergelder für Subventionen im Zusammenhang mit den teuren fossilen Energien zu verwenden. Alle Hilfen müssten zielgerichtet erfolgen, eine schnelle Abschaffung der EEG-Umlage bringe wenig, koste aber viel Geld. Die energiepolitischen Vorschläge der AfD könnten nur als „faktenfrei“ bezeichnet werden. Aktuell seien die Preise hoch, unter anderem wegen einer geringeren Stromerzeugung infolge fehlenden Windes, aber auch durch die Probleme in den französischen Atomkraftwerken, welche die Gelder aus der Taxonomie benötigten, um ihren Bestand zu retten.

Die **Fraktion der FDP** schloss sich der Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an. Die Anträge der AfD überraschten durch ihre Faktenfreiheit und Realitätsfremde. Ursache der gestiegenen Preise seien die fossilen Brennstoffe selbst und geostrategische Entwicklungen im Osten Europas. Zum Einsatz gegen die hohen Preise müssten viele Mittel kommen: die Abschaffung der EEG-Umlage, die Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien.

Die **Fraktion DIE LINKE** bezeichnete die Forderung der Fraktion der AfD nach der Rückkehr zu fossilen Energien als deutlich gestriger als die erneuerbaren Energien. Der Strompreisanstieg resultiere gerade nicht primär aus der Energiewende, sondern aus den Spekulationen mit den Energiepreisen und dem fehlgeschlagenen System des Merit-Order-Prinzips. Deshalb fordere die Fraktion eine gerechte Steuerreform, um die durch das Merit-Order-Prinzip entstandenen Sonderprofite abschöpfen zu können.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und die DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/36 zu empfehlen.

Berlin, den 26. Januar 2022

Dr. Ingrid Nestle
Berichterstatlerin